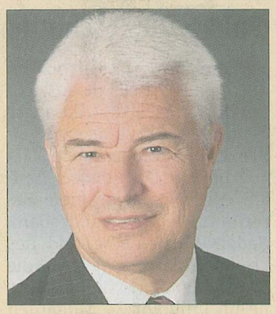
Abgeltungssteuer bringt Vor- und Nachteile

Experten geben Lesern am Montag bei einer Telefonaktion Tipps / Anleger können bereits erworbene Aktien mit Kombidepot schützen

Offenbach (ku) ▪ Ab Januar ändert sich die Besteuerung von Kapitalerträgen in Deutschland grundlegend. Egal ob Zinsen, Dividenden, Fondsausschüttungen oder Kurs- und Währungsgewinne: Alle werden dann pauschal mit 25 Prozent plus Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer besteuert, sofern diese zusammen den Sparer-Pauschbetrag übersteigen. Die Abgeltungssteuer wird direkt von der Bank einbehalten und anonym an das Finanzamt abgeführt, wie die ING DiBa berichtet. Die Steuerschuld sei damit für den privaten Anleger abgegolten, die Angabe in der Einkommensteuererklärung entfalle.



Günther Fischer

Die Neuregelung bringt Vor- und Nachteile für Anleger. Bei einer Telefonaktion für die Leser unserer Zeitung geben Experten am Montag in der Zeit von 16.30 bis 18 Uhr Ratschläge. Am Telefon: Günther Fischer, Präsident der Steuerberaterkammer Hessen (069/85008280), und Alexander Ficht, Steuerberater aus Dreieich (069/85008279).

Die Abgeltungssteuer führt zu zahlreichen Änderungen. Bisher werden Kapitalerträge, die den Sparerfreibetrag überschreiten, mit dem persönlichen Steuersatz von bis zu 45 Prozent besteuert, so die ING DiBa. Ab 2009 würden auf sämtliche Kapitalerträge, die den Sparer-Pauschbetrag überschreiten, pauschal 25 Prozent Kapitalertragsteuer erhoben. Hinzu kämen der Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 Prozent und Kirchensteuer.

Der Sparerfreibetrag (750 Euro) und die Werbungskostenpauschale (51 Euro) werden zum sogenannten „Sparer-Pauschbetrag" zusammengefasst. Dieser beträgt weiterhin 801 Euro für Alleinstehende und 1602 Euro für Ehepartner. Für den Freistellungsauftrag ändert sich also nichts.

Bisher sind Gewinne aus Verkäufen von Fondsanteilen oder Aktien nach einjähriger Haltedauer steuerfrei. Ab dem nächsten Jahr sind diese Gewinne unabhängig von der Haltedauer mit 25 Prozent zu versteuern, die Spekulationsfrist entfällt. Alle vor 2009 gekauften Wertpapiere können aber steuerfrei veräußert werden, sofern sie ein Jahr gehalten wurden, teilte der Finanzdienstleister Plansecur mit. Deshalb sollten Anleger ihr Wertpapierdepot bis zum Jahresende überprüfen und eine Strategie für die Zeit nach Einführung der Abgeltungsteuer entwerfen lassen.

Alexander Ficht

Dabei sei es nützlich, verschiedene Depotstellen zusammenzufassen und mit einem Kombidepot Altbestände (bis 2008 erworben) und Neubestände (von 2009 an erworben) voneinander zu trennen.

Die ING DiBa erklärte weiter, bisher müssten Kursgewinne oder Dividenden nur zur Hälfte versteuert werden. Ab Januar entfällt das sogenannte Halbeinkünfteverfahren. Damit werden derartige Erträge in voller Höhe mit 25 Prozent besteuert und dem Sparer-Pauschbetrag angerechnet.

Heizölpreis um sechs Prozent eingebrochen

Viele Kunden in Region tanken nach

Offenbach (dpa/AP/hwi) ▪ Die weltweite Wirtschaftsschwäche drückt die Preise für Rohöl, Heizöl, Diesel und Benzin immer weiter abwärts. Rohöl kostete im Computerhandel gestern zeitweise nur noch 48,25 Dollar pro Barrel (159 Liter). Der Preis für Heizöl in Deutschland ist innerhalb einer Woche um mehr als sechs Prozent eingebrochen, Diesel und Benzin folgten dem Preisrutsch. Ein Liter Heizöl kostet zurzeit im Durchschnitt 62,9 Cent, wie der Hamburger Energieinformationsdienst (EID) mitteilte. Das sind 4,3 Cent oder 6,4 Prozent weniger als vor einer Woche. Der EID hatte Händler in ganz Deutschland betonte, „dass bei der Berechnung des Heizölpreises der Bestelltag gilt - und keinesfalls der Liefertag." Das wirke sich derzeit natürlich zum Nachteil der Kunden aus. „Aber es wird sicher auch wieder Zeiten geben, in denen der Kunde daraus einen Vorteil ziehen."

Unterdessen will das Bundeskartellamt nach Informationen des „Handelsblatts" knapp 30 deutsche Gasversorger zu Preissenkungen zwingen. Die Entlastung für die betroffenen rund drei Millionen Verbraucher könnte sich auf einen dreistelligen Millionenbetrag summieren, berichtete das Blatt.

Die Wettbewerbsbehörde

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (rechts) und der Spitzenkandidat der SPD für die hessische Landtagswahl, Thorsten Schäfer-Gümbel, trafen sich in Mainz zu einem Gespräch über die Situation bei Opel. *Foto: ddp*

Beck und Schäfer-Gümbel fordern Staatshilfen für Opel

Autobauer will bis 2010 auf Kündigungen in Deutschland verzichten

Mainz/Rüsselsheim (dpa) ▪ Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) und Hessens SPD-Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel befürworten Staatshilfen für den Autobauer Opel. „Wir sind uns einig darüber, dass es notwendig ist, zu helfen", sagte Beck nach einem Treffen der beiden SPD-Politiker gestern in Mainz. Wichtig sei, dass dies heimische Arbeitsplätze sichere. Opel unterhält Werke in Rüsselsheim und Kaiserslautern. Schäfer-Gümbel unterstrich, die am Mittwoch vom hessischen Landtag beschlossene Ausweitung der Industriebürgschaften um 500 Millionen Euro gelte keineswegs nur dem Rüsselsheimer Unternehmen: „Das ist kein Lex Opel." Wichtig seien auch Hilfen für den Mittelstand. „Wenn wir über Opel reden, reden wir auch über die Zulieferer", sagte der Spitzenkandidat.

Opel bemüht sich um eine Bürgschaft von rund einer Milliarde Euro, um sich im Falle einer Zahlungsunfähigkeit der amerikanischen Konzern-Mutter General Motors (GM) zu schützen. Daran sollen sich neben Hessen auch der Bund und andere Länder beteiligen.

Opel will derweil trotz der Finanzkrise bis 2010 auf Kündigungen in Deutschland verzichten. Der mit den Gewerkschaften geschlossenen Zukunftsvertrag werde erfüllt, sagte Opel-Chef Hans Demant der Fachzeitschrift „Autogazette". „Wir müssen unsere Produktion den Marktbedingungen anpassen - das bewältigen wir ohne Personalabbau", sagte Demant der Zeitschrift.

328 Filialen von Plus gehen an Penny

Audi